

# Potpourri an Fragen für Regierung

Der Rechenschaftsbericht bot dem Landtag Anlass für diverse Fragen. Die GPK sorgte sich um den Aufwand-Anstieg.

Elias Quaderer

Man solle sich mit Superlativen zurückhalten, aber «in vielen Belangen war das Jahr 2020 eines der speziellsten und herausforderndsten Jahre für uns alle». Mit diesen Worten leitete Regierungschef Daniel Risch seine Ausführungen zum Rechenschaftsbericht 2020 ein. Wie zu erwarten war, stand auch der Bericht im Zeichen der Pandemie: Auf 545 Seiten kommen die Worte Corona und Covid-19 über 800 Mal vor. Die Abgeordneten richteten bei der gestrigen Behandlung des Rechenschaftsberichts zahlreiche Detailfragen an die Regierung – vieles im Zusammenhang mit Corona. Nur der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Landesrechnung verlor kein Wort zum Coronamanagement.

## Einschränkungen in EU-Staaten

Im Bereich «Präsidiales und Finanzen» wollte Georg Kaufmann (FL) vom Regierungschef wissen, ob die coronabedingt aufgebaute IT-Infrastruktur nach der Pandemie bestehen bleibt. Daniel Risch erklärte, dass einige Lösungen, wie der Zugriff auf den Arbeitsplatz von zu Hause aus, nach Corona wieder zurückgebaut werden. «Das mag jetzt so klingen, als ob man nach Corona als wieder zurückstellen möchte. Das ist aber nicht so», betonte der Regierungschef. Einiges der aufgebauten Infrastruktur soll beibehalten werden, um von den damit einhergehenden Vorteilen weiter profitieren zu können.



Im Namen der GPK erklärte Georg Kaufmann, dass der Aufwand «Anlass zur Sorge» sei. Bild: T. Schnalzger

Der VU-Abgeordnete Günter Vogt entdeckte im Rechenschaftsbericht, dass liechtensteinische Finanzdienstleister in einigen EU-Staaten mit Marktzugangsbeschränkungen konfrontiert werden. Der Balzner Abgeordnete wollte wissen, um welche Staaten und was für Beschränkungen es sich handelt. Regierungschef Daniel Risch nannte als Beispiel unter anderem Spanien. Seit Jahren werde Liechtenstein auf der spanischen «Blacklist» geführt mit Auswirkungen auf mehrere EWR-Freiheiten. «Diese Beschränkungen abzubauen, bleibt ein klares Ziel und es ist nicht auszuschliessen, dass sich

in naher Zukunft Erfolge berichten lassen», so Risch.

## Suchtberatungsstelle birgt Gefahr der Stigmatisierung

An Gesellschaftsminister Manuel Frick richtete die FL-Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher insgesamt 18 Fragen. Sie wollte unter anderem wissen, ob es angesichts der wachsenden Suchtproblematik nicht angebracht wäre, eine landeseigene Suchtberatungsstelle zu betreiben. Manuel Frick antwortete, dass grundsätzlich nichts gegen eine eigene Beratungsstelle spreche. Aber es stelle sich die Frage, ob die Stelle zu verhältnismässigen

Kosten und mit der nötigen Auslastung betrieben werden könne. Zudem gab Frick zu Bedenken, dass im kleinräumigen Liechtenstein die Gefahr der Stigmatisierung bestehe.

## Aussenpolitik braucht persönliche Kontakte

Mit Blick auf das Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur fiel der Rückgang der Reisetätigkeit auf. Aussenministerin Dominique Hasler erklärte, dass die Reisespesen 2020 nur zu 30 Prozent ausgeschöpft wurden. Wegen der Pandemie musste auf digitale Treffen gesetzt werden. Einige dieser virtuellen Instrumente will das

Ministerium auch nach der Pandemie weiter benutzen. Aber für Hasler ist klar: «Es gibt Bereiche, in denen es die persönlichen Kontakte braucht.»

## Erhöhter Betriebsaufwand kein Anlass zur Sorge

Nahezu diskussionslos ging die Behandlung der Landesrechnung über die Bühne. Immerhin kann das Land, trotz Pandemie, einen Ertragsüberschuss von 304 Millionen Franken vorweisen. Aber die GPK hatte in einem Punkt «Anlass zur Sorge». Der Bericht zur Landesrechnung, den der GPK-Vorsitzende Georg Kaufmann vortrug, merkte kritisch an, dass der betriebliche Aufwand die Milliardengrenze überschritt. Regierungschef Risch wollte die Erklärung aber nicht unkommentiert lassen. Er zeigte sich überrascht, dass die Aufwände der GPK Sorgen bereiten. «Einen Anlass zur Sorge würde es nur geben, wenn wir es nicht erklären könnten», so Risch. Aber die Mehraufwände liessen sich mit dem Coronamassnahmen und den gewährten 100 Millionen zur Sicherung der AHV einfach erklären. Zudem wunderte sich Risch, dass die Kommission überhaupt nicht auf das Coronamanagement der Regierung einging. «X-mal durften wir mit der GPK dieses Thema behandeln. Jetzt wurde es aber mit keinem Wort erwähnt. Ich nehme das im Namen der Regierung einfach mal so zur Kenntnis», schloss er. Nach diesen Bemerkungen genehmigte der Landtag einhellig den Rechenschaftsbericht.